



## Europäische Sicherheit – umfassend und vernetzt

Ralph D. Thiele

Dezember 2011

### Zusammenfassung

---

In der chinesischen wie in der europäischen strategischen Debatte nimmt die Gestaltung eines stabilen Umfeldes an der Peripherie besonderen Raum ein. So liegt es beispielsweise im europäischen Interesse, dass östlich der Union und an den Mittelmeergrenzen ein Ring verantwortungsvoll regierter Staaten entsteht, mit denen sie enge, kooperative Beziehungen pflegen kann. Wer sich vor den multidimensionalen und vernetzten Risiken der Informations- und Wissensgesellschaft schützen will, darf sich allerdings nicht auf die Peripherie beschränken.

Die Europäische Union ist heute mit ihren sicherheits- und verteidigungspolitischen Instrumenten ein weltweit engagierter Akteur im internationalen Krisenmanagement. Die Fähigkeiten der Europäischen Union sind komplementär zu denen der wichtigsten anderen Akteure im internationalen Krisenmanagement wie der NATO, den Vereinten Nationen oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die Wirksamkeit dieser Instrumente wird angesichts einer zunehmenden Zahl von Krisen, der Begrenztheit nationaler Mittel und der wachsenden Erwartungen an die Europäische Union immer bedeutsamer.

Das Sicherheitsproblem der Zukunft liegt im Dreieck „*Asymmetrische Kriegführung*“ – „*Verwundbarkeit*“ – „*Nicht-staatliche Akteure*“. Transnationale Akteure, die über keine ausgeprägten militärischen Fähigkeiten verfügen, verlagern Auseinandersetzungen in „*schwieriges*“ Gelände wie Städte, Gebirgsregionen und Wälder. Auch der Informationsraum zählt hierzu. Um unsere Bevölkerungen und deren Prosperität nachhaltig zu schützen, ist das Konzept der *Vernetzten Sicherheit* entstanden.

*Vernetzte Sicherheit* stützt sich auf einen ganzheitlichen, ressortübergreifenden und multilateral angelegten Ansatz, der im Rahmen einer nachhaltigen Gesamtstrategie staatliche und nichtstaatliche Instrumente zur Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge wirksam integrieren soll. Die sicherheitsrelevanten staatlichen und nichtstaatlichen Akteure stimmen hierzu ihre Ziele, Prozesse, Strukturen und Fähigkeiten bewusst aufeinander ab, verknüpfen sie systematisch und integrieren sie in ihr langfristiges Handeln. Genau darauf setzt auch die neue NATO Strategie. Mit ihrer Sicherheitsstrategie und deren kontinuierlicher Weiterentwicklung folgt die Europäische Union ebenfalls diesem Kurs.

Wissen ist ein Schlüsselfaktor in der *Vernetzten Sicherheit*. In einer systemischen Analyse ist ein umfassendes und dynamisches Bild von den Gegebenheiten einer Krisenregion zu entwickeln. Zug um Zug entsteht ein ganzheitliches Verständnis von der im Zusammenspiel politischer, ökonomischer, religiös-ethnischer, sozialer und/oder anderer Aspekte geprägten Gesamtsituation. Politische und militärische Planungen stützen sich hierbei nicht nur auf die Methodik des *Systemischen Denkens*, sondern auch auf bewährte Techniken und Erkenntnisse aus der *System- und Komplexitätstheorie* einschließlich unterstützender Software-Werkzeuge.



Dieses Wissen muss in einem gemeinsamen Einsatzlagebild zweckmäßig visualisiert werden. Entscheidungsträger werden über eine digitalisierte Kollaborationsumgebung in Echtzeit bzw. echtzeitnah – je nach Erfordernis – über Lageentwicklungen orientiert mit Blick auf eine qualitativ hochwertige und hochreaktive Entscheidungsfindung. Das Lagebild vermittelt rollenorientiert den Auftrag und die Absicht der übergeordneten Führung, liefert – kontinuierlich fortgeschrieben – ein umfassendes und bewertetes Wissen über gegnerische, befreundete und neutrale Kräfte, die Zivilbevölkerung und eine Vielzahl weiterer zu berücksichtigender Faktoren. Das sich derart herausbildende gemeinsame, umfassende Lageverständnis gestattet Entscheidungsträgern, relevante, zeitgerechte und abgestimmte Leitlinien des Handelns zu entwickeln, Ziele für deren Umsetzung festzulegen und dementsprechend Weisungen zu erteilen. Mit dem Afghan Mission Network (AMN) sowie dem NATO Common Operational Picture (NCOP) erreichen in diesen Tagen zwei entsprechende, leistungsfähige Entwicklungen die multinationale Koalition in Afghanistan.

Bei der Vorstellung der Verteidigungspolitischen Richtlinien am 18. Mai 2011 verdichtete Verteidigungsminister de Maizière seine Überlegungen zur Neuausrichtung der Bundeswehr in der Formulierung: *Wohlstand begründet Verantwortung*. Als eine große und wohlhabende Exportnation sieht Deutschland für sich eine besondere internationale Verantwortung, die sich nicht immer auf Diplomatie, Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Verflechtung begrenzen kann und darf, sondern – wenn erforderlich – bereit und fähig ist, gemeinsam mit Freunden und Partnern zu handeln. Die Erwartungen Deutschlands, der Europäischen Union und darüber hinaus vieler Staaten in der ganzen Welt an China als internationaler Akteur sind hoch. Aus europäischer Interessenslage wird erwartet, dass die Volksrepublik aufgrund ihrer globalen Rolle eine daraus resultierende internationale Verantwortung übernimmt – als ein verantwortlich gestaltender Akteur in einer multilateral geregelten Ordnungsstruktur.

*Wohlstand begründet Verantwortung*. Wäre dies nicht auch eine exzellente Grundlage künftiger chinesisch-europäischer Zusammenarbeit?

## Das ISPSW

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

---

### 1. Lange Wege

Während des Golfkrieges 1991 erschien General Colin Powell, damals Vorsitzender des Vereinigten Generalstabes der USA, zu einer Reihe von Pressekonferenzen mit dem Buch *Vom Kriege* von Carl von Clausewitz unter dem Arm. Offensichtlich wollte er zeigen: wir haben aus den Fehlern des Vietnamkrieges gelernt. Wir haben unseren Clausewitz gelesen und verstanden. 12 Jahre später – im nächsten Golfkrieg – trug Donald Rumsfeld als amerikanischer Verteidigungsminister bei Pressekonferenzen demonstrativ *Sun Tzu's dreizehn Gebote der Kriegskunst* mit sich. Das Kriegsbild hatte sich geändert. Inzwischen wurde es zunehmend von innerstaatlichen und transnationalen Herausforderungen bestimmt. Informationskriegführung sowie Wissensüberlegenheit hatten enorm an Bedeutung gewonnen.

Was lehrt uns das? Strategien können sich ändern. Die Weisheit von klugen Köpfen wie Sun Tzu und Clausewitz bleibt.

Carl von Clausewitz war der bedeutendste Schüler von Gerhard von Scharnhorst, dem großen Gestalter der preußischen Heeresreformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Scharnhorst gründete mit anderen klugen Köpfen im Jahr 1801 die *Militärische Gesellschaft*, in der Ansätze zur Innovation des preußischen Heeres diskutiert wurden. In der Nachfolge dieser Vereinigung haben wir im Jahr 1997 die Berliner *Politisch-Militärische Gesellschaft* gegründet, als deren gewählter Vorsitzender ich heute bei Ihnen vortragen darf.

Meine erste wirklich intensive *Begegnung* mit Sun Tzu – wenn man es so nennen darf – hatte ich im Jahr 1998 an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, an der ich damals als Dozent für Militärstrategie unterrichtete, und ich muss anmerken: natürlich steht die Führungsakademie in ihrer Lehre klar in der Tradition von Carl von Clausewitz. Wir empfangen den Besuch einer hochrangigen chinesischen Delegation unter der Leitung von Generalmajor Lin Dengquan, dem damaligen Direktor der Abteilung für Militärgeschichte der Akademie der Wissenschaften der Chinesischen Volksbefreiungsarmee. Generalmajor Lin Dengquan hielt vor unserem General- und Admiralstabslehrgang einen eindrucksvollen Vortrag zum Thema *Sun Tzu und der moderne Lokalkrieg* und erläuterte uns vor diesem Hintergrund die chinesischen Überlegungen zur Weiterentwicklung ihrer Streitkräfte. Nach seinem Vortrag waren seine deutschen Zuhörer mehrheitlich überzeugt – Clausewitz und Sun Tzu, das passt zusammen.

Strategie geht lange Wege. Sun Tzu hat dies meisterlich erklärt. Das moderne China setzt seine Strategien beeindruckend erfolgreich um. Der internationale Einfluss und die Mitsprache der Volksrepublik China nehmen stetig zu. Es findet sich kaum ein internationales Thema von Bedeutung, in dessen Zusammenhang die Rolle Chinas unberücksichtigt bleiben könnte.

Auch Europa ist ein Akteur von globalem Rang. Umgekehrt sind für die Sicherheit und Prosperität Europas globale Entwicklungen von Bedeutung. Die Europäische Union entwickelt vor diesem Hintergrund ihre Außen- und Sicherheitspolitik. Sie will in Angelegenheiten von weltweitem Interesse mit einer Stimme sprechen – und handeln. Angesichts regionaler Konflikte in Europa und in anderen Teilen der Welt und angesichts der Notwendigkeit, den Terrorismus zu bekämpfen, sind die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu der Überzeugung gelangt, dass leistungsfähige zivile und militärische



Instrumente für die eigene Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen werden müssen. Europa hat sich damals auf den strategischen Weg begeben, sein umfassendes und globales Sicherheitsverständnis Zug um Zug in handlungsorientierte, belastbare Fähigkeiten umzusetzen – auch wenn der Weg lang und dornig sein mag.

Das europäisch-chinesische Beziehungsgeflecht hat sich seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Volksrepublik China im Jahr 1975 bis heute erheblich verdichtet. Anfangs konzentrierten sich die Beziehungen noch primär auf handels- und entwicklungspolitische Aspekte. Inzwischen hat sich eine viel weiter gehende Partnerschaft herausgebildet, in deren Rahmen verstärkt Aspekte globaler Herausforderungen aufgegriffen werden. Die thematische Agenda reicht von ordnungspolitischen Überlegungen zur internationalen Finanzpolitik, Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels und des nachhaltigen Umweltschutzes, Regelungen der Handelspolitik im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO), sicherheitspolitischen Entwicklungen in der Golfregion, Afrika oder im asiatisch-pazifischen Raum bis hin zur Strukturierung einer globalen Ordnung und einer Reform der Vereinten Nationen. Dieser Trend wird sich fortsetzen. Natürlich bleibt der Handel ein zentrales Bindeglied. China ist heute der zweitwichtigste Handelspartner der Europäischen Union. Umgekehrt ist die Europäische Union für China der größte Handelspartner.

## **2. Peripherie und darüber hinaus**

Der Prozess der Strategieentwicklung, mit dem multinationale Organisationen und Regierungen Kernfragen ihrer äußeren bzw. nationalen Sicherheit analysieren und darauf aufbauend ihre strategischen Ziele entwickeln, ist von entscheidender Bedeutung für die Wahrnehmung der eigenen Verwundbarkeiten, Risiken und Bedrohungen und der daraus resultierenden politischen Grundsätze und Vorgehensweisen. In der chinesischen strategischen Debatte nimmt derzeit die Gestaltung eines stabilen Umfeldes an der Peripherie Chinas besonderen Raum ein. Auch Europa misst seiner Peripherie – seinen Nachbarn – außerordentliche Bedeutung für die eigene Sicherheit und Prosperität bei. So liegt es beispielsweise im europäischen Interesse, dass östlich der Union und an den Mittelmeergrenzen ein Ring verantwortungsvoll regierter Staaten entsteht, mit denen sie enge, kooperative Beziehungen pflegen kann. In zahlreichen Konfliktherden in ihrer unmittelbaren oder weiteren Nachbarschaft war und ist die Europäische Union mit zivilen und militärischen Missionen engagiert. In Bosnien und Herzegowina hat die Europäische Union beispielsweise durch ihre bisher größte militärische Operation Sicherheit für die Menschen im westlichen Balkan geschaffen.

Wer Europa, seine Bürgerinnen und Bürger gegen die Risiken der Informations- und Wissensgesellschaft multidimensional und vernetzt schützen will, darf sich allerdings nicht auf die Peripherie beschränken. Die Sicherheit von Staaten und ihren Gesellschaften hat inhaltlich bedeutende Erweiterungen erfahren. So wird Sicherheit nicht nur von außen und mit Gewalt gefährdet, sondern insbesondere auch, wenn das staatliche System von der Gesellschaft nicht mehr akzeptiert, wenn der gesellschaftliche Konsens gestört oder gar zerstört wird oder wenn die Gesellschaft Prozessen ausgesetzt wird, die sie aus eigener Kraft nicht mehr zu steuern vermag. Dies betrifft häufig auch Vorgänge, die ihren Ursprung nicht in dem betreffenden Staat, sondern zum Teil in weit entfernten Regionen und Ländern haben.

Das gesamte internationale System hat sich nach einer längeren Phase von Kalter-Krieg-Stabilität in Bewegung gesetzt. Die Ausprägung neuer globaler Mächte, der erschwerte Zugang zu knappen Ressourcen, die wachsende Zahl gescheiterter Staaten, regionale Instabilitäten, Terrorismus, Klimawandel und demographische



Unwuchten schnüren ein beunruhigendes Paket sicherheits- und prosperitätsbezogener Herausforderungen. Neue Mächte wie China haben die globale Szene betreten. Frühere globale Akteure wie Russland sind in veränderter Aufstellung zurückgekehrt. Globalisierung bewirkt eine Umverteilung ökonomischer und politischer Macht. Und dennoch, eine funktionsfähige Weltordnung, die dieser Neuordnung entspricht, ist derzeit nicht in Sicht. In der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts wird allerdings nach zwei Jahrzehnten diffuser Transition ein entscheidender Wendepunkt in den Internationalen Beziehungen deutlich: der Bedeutungsgewinn Asiens im Allgemeinen und Chinas im Besonderen. Es kündigt sich eine grundlegend veränderte geopolitische Situation an, die in den nächsten Jahrzehnten absehbar die Weltpolitik prägen wird.

Das Sicherheitsproblem der Zukunft liegt im Dreieck „*Asymmetrische Kriegführung*“ – „*Verwundbarkeit*“ – „*Nicht-staatliche Akteure*“. Der wissenschaftlich-technologische Fortschritt und die steigende Verwundbarkeit moderner Industriegesellschaften verstärken die Erfolgchancen „*asymmetrischer Kriegführung*“. Transnationale Akteure, die über keine ausgeprägten militärischen Fähigkeiten verfügen, verlagern Auseinandersetzungen in „*schwieriges*“ Gelände wie Städte, Gebirgsregionen und Wälder. Auch der Informationsraum zählt hierzu. Letztlich ist die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft Ziel asymmetrischer Bedrohungen – ihre moderne Infrastruktur, Schlüsselversorgungsbereiche wie Energie, Transport und andere, Finanzdienstleistungen sowie jede größere Menschenansammlung. Angesichts der komplexen Ressourcen und Strukturen post-industrieller Gesellschaften sind ungestörte funktionale Vernetzungen für das alltägliche Überleben des Einzelnen mitentscheidend.

Die Gefahr der asymmetrischen Bedrohung korrespondiert mit der Komplexität moderner Gesellschaften, in denen heterogene politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche, technologische, ökologische, geographische und kulturelle Faktoren eng miteinander verwoben sind. Die aus dem hohen Grad der Vernetzung resultierenden Abhängigkeiten laden förmlich zum Missbrauch ein. So etabliert sich beispielsweise Organisierte Kriminalität im Umfeld von Freiheitskämpfern und Terroristen zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. Drogengeschäfte, illegale Migration, Menschen- und Waffenhandel haben nicht nur destabilisierende Folgen für die globalisierte Weltwirtschaft, sondern auch für die gesellschaftlichen Prozesse, einschließlich der inneren Sicherheit der betroffenen Gesellschaften.

Ressourcenknappheit sowie die Verwundbarkeit von Finanzmärkten und kritischer Infrastruktur können mit geringer Vorwarnzeit zu akuten Krisen führen und die nationale wie auch die multinationale Politik empfindlich treffen. Hinzu kommt eine Vielzahl weiterer Problemfelder. In Europa schrumpft und überaltert die Bevölkerung. Sozial- und Rentensysteme werden immer stärker angespannt. Migrationsbewegungen gewinnen an Dynamik und Umfang. Parallelgesellschaften entstehen. Die hieraus entstehenden Risiken sind weder in ihrer Qualität noch hinsichtlich ihrer geographischen Herkunft eindeutig zuzuordnen und insbesondere kaum zu begrenzen.

Die Aufgaben für zivile und militärische Sicherheitskräfte ändern sich mit dem veränderten Sicherheitsumfeld. Konflikte sind zunehmend von einer hohen Eskalationsdynamik geprägt. Der eigentlichen Konfliktaustragung folgen lange Phasen der Konfliktnachsorge bzw. Konsolidierung. Der Krieg als Anwendung kollektiver Gewalt wird zunehmend entgrenzt in moralischer wie rechtlicher Hinsicht, in den Dimensionen Zeit, Raum und Information. Sicherheitspolitik zielt nicht länger in erster Linie auf Kriegsverhinderung zur Bewahrung von Frieden und Stabilität. Es geht vielmehr um die Kontrolle transnationaler Konflikte, da Kriegsverhinderung nicht länger



zuverlässig möglich sein wird. Es geht um Gewaltprävention und um die *Zivilisierung* der Gewaltakteure. Es geht darum, eine neue Weltordnung zu gestalten.

Die aktuellen Einsätze der Bundeswehr belegen das erhebliche Potenzial asymmetrischer Bedrohungen für eigene Kräfte und Mittel. Diese Bedrohungen sind zumeist im zivilen Umfeld versteckt und erschweren deren Abgrenzung von unbeteiligten, neutralen oder verbündeten zivilen Kräften und Mitteln. Deren Erkennung und Bekämpfung ist eine besondere Herausforderung für die Lagefeststellungs- und Beurteilungsprozesse. Es geht darum, potenzielle Bedrohungen rasch zu identifizieren und angemessene Maßnahmen zu ergreifen. Es gilt, Informationen in Wissen zu übersetzen, das die Sicherheitskräfte zu besserem Handeln befähigt.

Stabilisierungseinsätze fern der Heimat, in nur partiell militärisch befriedetem Gebiet, sind längst die wahrscheinliche Einsatzoption. Internationalen Friedenskontingenten stehen verdeckt kämpfende nationale Widerstandsgruppen und internationale Terrorgruppen gegenüber, die unter Umständen von an Destabilisierung interessierten Nationalstaaten unterstützt werden. Die Fähigkeiten polizeilicher Stabilisierungskräfte sind eng mit militärischen Fähigkeiten zu orchestrieren, damit es keine offenen Nahtstellen zwischen den Aufgabenbereichen gibt. Abstimmung und Synergie ist auch erforderlich im Zusammenhang mit dem Aufbau von Sicherheitsbehörden, Justiz, Entwicklungshilfe, Wirtschaftsförderung, Korruptionsbekämpfung und anderes mehr. Dem Aufbau aufgabengerechter Strukturen kommt besondere Bedeutung zu; dazu gehören z. B. eindeutige Verantwortlichkeiten, Informationsaustausch und gemeinsame Planungsprozesse. Besonders wichtig ist jedoch die Herausbildung einer *Kultur der Zusammenarbeit* unter den zivilen und militärischen Akteuren, zwischen höchst unterschiedlichen Behörden und Organisationen, national und auch international.

Dabei ist die Wirtschaft einzubeziehen, in deren Besitz bzw. Betrieb sich der weit überwiegende Teil der kritischen Infrastrukturen befindet – in Deutschland sind es rund 80 % –, ebenso eine Reihe von Nicht-Regierungsorganisationen. Denn nicht nur staatliche, auch nichtstaatliche Organisationen sowie privatwirtschaftliche Unternehmen verfügen über große Sachkenntnis. Häufig befinden sie sich bereits vor einer Intervention in den Krisengebieten und sind mit der Situation vor Ort bestens vertraut. Diese Kenntnis ist besonders wertvoll bei der Planung von Maßnahmen und Wirkungen, Bewertungsmethoden und der Auswertung von Ergebnissen, denn sie können zu einer verbesserten Kontinuität in Übergangsphasen beitragen.

### 3. Vernetzte Sicherheit

Ohne gesicherte Verbindungs- und Kommunikationslinien zu Land, zu See und in der Luft sowie im Cyber Space, ohne funktionsfähige strategische Infrastruktur sind Industrie-, Handels- und Wissensgesellschaften nicht überlebensfähig. Schutz bedeutet künftig vor allem

- Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung, insbesondere gezielte Beiträge zur Stabilisierung von Konfliktregionen;
- die Bekämpfung von Terrorismus, Piraterie und Organisierter Kriminalität;
- Maßnahmen gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und ihren Trägern;
- der Schutz der Menschenrechte sowie die Rettung und die Hilfeleistungen bei Unglücksfällen und Katastrophen im In- und Ausland.



Die hieraus resultierenden komplexen und unübersichtlichen Herausforderungen erfordern ein umfassendes Lageverständnis mit großer Tiefenschärfe. Sie erfordern Handlungsbereitschaft und mehr noch umfassende Handlungsfähigkeit im ressortübergreifenden und multinationalen Verbund. Nur in einem ganzheitlichen Ansatz entstehen die angemessenen Fähigkeiten, um unsere Bevölkerungen und deren Prosperität nachhaltig zu schützen. Außen- und sicherheitspolitische Erfolge hängen künftig entscheidend von der Fähigkeit zur Vernetzung der sicherheitspolitischen Instrumente untereinander und mit vielfältigen, auch internationalen Partnern und Organisationen wie den Vereinten Nationen ab.

Vor diesem Hintergrund wurde in Deutschland das Konzept der *Vernetzten Sicherheit*<sup>1</sup> entwickelt. Es stützt sich auf einen ganzheitlichen, ressortübergreifenden und multilateral angelegten Ansatz, der im Rahmen einer nachhaltigen Gesamtstrategie staatliche und nichtstaatliche Instrumente zur Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge wirksam integrieren soll. Die Kombination der verschiedenen Perspektiven der Bereiche von Außen-, Wirtschafts-, Entwicklungs-, Justiz-, Innen- und Verteidigungspolitik ermöglicht eine umfassende Vorgehensweise in Planung und Durchführung zur Konfliktlösung, um auf diese Weise den Anforderungen komplexer Konflikt- bzw. Krisenszenarien gerecht zu werden und dabei sowohl die Ursachen einer Krise bzw. eines Konflikts als auch deren Folgen zu bekämpfen. Schlüssel zum Erfolg ist ein kohärentes Denken und Handeln im Politikfeld Sicherheit. Die sicherheitsrelevanten staatlichen und nichtstaatlichen Akteure stimmen hierzu ihre Ziele, Prozesse, Strukturen und Fähigkeiten bewusst aufeinander ab, verknüpfen sie systemisch und integrieren sie in ihr langfristiges Handeln.

Genau darauf setzt auch die neue NATO Strategie<sup>2</sup>. *Comprehensive Approach* ist die englische Begrifflichkeit der *Vernetzten Sicherheit* – ein ganzheitlicher Ansatz aus Prävention und Stabilitätsvorsorge, Kampf und Wiederaufbau, wirtschaftliches Engagement und Diplomatie. Ziel ist eine Vernetzung der Ressortfähigkeiten, insbesondere hinsichtlich der Bedrohungsformen Terrorismus, Organisierte Kriminalität, Cyber-Attacken, Staatszerfall, Regionalkonflikte, Schutz kritischer Infrastrukturen einschließlich der Handelswege, Proliferation von Massenvernichtungswaffen sowie wirtschaftlicher Bedrohungsformen und ihrer Folgen. Dieses Konzept hat das Bündnis wesentlich verändert. *NATO 3.0* nennt NATO Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen deshalb die Neuausrichtung der transatlantischen Allianz.

Grundlage des *Comprehensive Approach* ist eine systemtheoretisch angelegte Analyse aller Zusammenhänge zwischen Akteuren und Interaktionen innerhalb eines Gesamtsystems.<sup>3</sup> Grundprinzipien sind:

- *konsequente Zielorientierung*: durch politisch-strategische Zielvereinbarung einschließlich einer Bewertungsmethode für den Grad der Zielerreichung,
- *ganzheitliches Systemverständnis für ein Einsatzgebiet*: auf der Grundlage einer umfassend angelegten Wissensbasis und
- *gesamtgesellschaftlicher und multinationaler Handlungsansatz*: aufbauend auf Ressortgemeinsamkeit der einzelstaatlichen Beiträge erfolgt die Abstimmung zwischen zivilen und militärischen Akteuren im Handeln.

<sup>1</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung: Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2006

<sup>2</sup> Die Staats- und Regierungschefs der NATO haben auf ihrem Gipfel von Lissabon am 19./20. November 2010 ihr neues Strategisches Konzept verabschiedet.

<sup>3</sup> Siehe Europäische Sicherheit 4/2007, Jörg Neureuther „Effects-Based Operations“, S. 73



Dieser Ansatz zielt über dessen politisch-militärisch-soziale Strukturen primär auf das Verhalten des Widersachers. Entsprechend steht nicht das Handeln im Mittelpunkt der Betrachtung, sondern vielmehr die zu erzielende Wirkung. In seinem Rahmen erfolgt die praktische Integration politischer und militärischer, entwicklungspolitischer und wirtschaftlicher, humanitärer, polizeilicher und nachrichtendienstlicher Instrumente der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung im Dienste einer multinational und ressortübergreifend angelegten „Grand Strategy“. Internationale Partnerschaften und Kooperationen spielen hierbei eine hervorgehobene Rolle.

#### 4. Europas Sicherheitsverständnis

Mit ihrer Sicherheitsstrategie und deren kontinuierlicher Weiterentwicklung folgt auch die Europäische Union diesem Kurs, zumal sie insbesondere in den *Soft Power* Elementen ihre Stärken sieht. Die äußere Sicherheit wurde im Prozess der europäischen Integration erst vergleichsweise spät ein zentrales Thema. Konflikte und Krisen in den 90er Jahren in der unmittelbaren europäischen Nachbarschaft führten zu einem Umdenken und mit dem Maastrichter Vertrag über die Europäische Union im Jahr 1993 entstand deren *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik*. Im Jahr 2009 wurde mit dem Vertrag von Lissabon das Amt des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik eingeführt. Dieser hat den Vorsitz im Außenministerrat und koordiniert die Positionen der EU-Staaten in Bezug auf die Gestaltung und Durchführung der Außenpolitik. Unterstützt wird er dabei von einem politischen und militärischen Stab.

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist ein integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Ihre „Geburtsstunde“ schlug beim Europäischen Rat in Köln im Juni 1999. Die bereits bestehenden Instrumente wurden um die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ergänzt und die Europäische Union so in die Lage versetzt, Konfliktlösung und Friedenssicherung auch mit Maßnahmen des militärischen Krisenmanagements zu betreiben und notfalls durchsetzen zu können. Mit dem Vertrag von Lissabon wurde die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur *Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik*, die mit den Instrumenten der Europäischen Kommission und der Mitgliedstaaten der Union über die gesamte Bandbreite des für Krisenprävention, Krisenbewältigung und Krisennachsorge notwendigen Instrumentariums verfügt. Hierzu zählen im militärischen wie im zivilen Bereich Fähigkeiten zur schnellen Krisenreaktion, darunter die Battlegroups der Europäischen Union sowie zivile Krisenreaktionsteams.

Mit ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik will die Europäische Union den internationalen Frieden wahren helfen. Sie fördert die internationale Sicherheit und setzt sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und für die Achtung der Menschenrechte ein. Die Europäische Sicherheitsstrategie entstand vor diesem Hintergrund im Kontext der außen- und sicherheitspolitischen Entwicklung der Europäischen Union.

Damit die EU ihrer Verantwortung als sicherheitspolitischer Akteur gerecht werden kann, muss es Klarheit über Ziele, Wege und Mittel geben. Bereits der Maastrichter Vertrag von 1993 sah einen Pfeiler für europäische Entscheidungsfindung vor; der Amsterdamer Vertrag von 1997 reformierte entsprechend diesen Pfeiler „*Gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik*“ und artikulierte den Bedarf an gemeinsamen Strategien, auf deren Grundlage dann Ziele, Prioritäten und Mittel geschaffen werden können, gemeinsame Positionen und gemeinsames Handeln zu begründen. Solche Strategien wurden dann Schritt für Schritt für Russland (1999), die Ukraine (1999) sowie die Mittelmeerregion (2000) geschaffen. Im Jahr 2003 verabschiedete die Union ihre Strate-



gie gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und 2005 ihre Nachbarschaftsstrategie sowie ihre Anti-Terrorismus-Strategie. Diese inhaltliche Entwicklung wurde von einer gleichzeitigen Weiterentwicklung ihrer Institutionen begleitet. Damit war im Dezember 2003 die Zeit zur Verabschiedung der ersten Europäischen Sicherheitsstrategie reif, in der strategische Leitlinien für die Europäische Union formuliert werden konnten. Danach verfolgt die Europäische Union drei strategische Ziele:

- *Abwehr von Bedrohungen*

Das Konzept der Selbstverteidigung, das bis zum Ende des Kalten Krieges galt, ging von der Gefahr einer Invasion aus. Bei den neuen Bedrohungen liegt die erste Verteidigungslinie dagegen oftmals im Ausland, denn die neuen Bedrohungen sind außerordentlich dynamisch und komplex. Ihnen muss möglichst früh vorgebeugt werden. Jede dieser Bedrohungen erfordert eine Kombination von Instrumenten. So ist beispielsweise zur Bekämpfung des Terrorismus eine Kombination aus Aufklärungsarbeit sowie polizeilichen, rechtlichen, militärischen und sonstigen Mitteln zweckmäßig. In gescheiterten Staaten können militärische Mittel zur Wiederherstellung der Ordnung und humanitäre Mittel zur Bewältigung der Notsituation erforderlich sein. Regionale Konflikte bedürfen in aller Regel politischer Lösungen. Nach Beilegung eines Konflikts können aber auch militärische Mittel und eine wirksame Polizeiarbeit erforderlich sein. Wirtschaftliche Instrumente dienen dem Wiederaufbau, und ziviles Krisenmanagement trägt zum Wiederaufbau einer zivilen Regierung bei.

- *Stärkung der Sicherheit in der Nachbarschaft der Europäischen Union*

Geographischen Aspekte spielen eine wichtige Rolle. Es liegt im europäischen Interesse, dass die angrenzenden Länder verantwortungsvoll regiert werden. Für die Union ist wichtig, dass Nachbarländer nicht in gewaltsame Konflikte verstrickt sind, dass dort keine Organisierte Kriminalität gedeiht, zerrütete Gesellschaften oder explosionsartig wachsende Bevölkerungen entstehen, weil die Staaten zu schwach sind.

- *Eine Weltordnung auf der Grundlage eines wirksamen Multilateralismus*

In einer Welt globaler Bedrohungen, globaler Märkte und globaler Medien hängen die Sicherheit und der Wohlstand von Staaten immer mehr von einem wirksamen multilateralen System ab. Deshalb will Europa funktionierende internationale Institutionen und eine geregelte Weltordnung. Deshalb unterstützt Europa die Stärkung der Vereinten Nationen und ihre Ausstattung mit den zur Erfüllung ihrer Aufgaben und für ein effizientes Handeln erforderlichen Mitteln. Die transatlantischen Beziehungen sind in diesem Verständnis tragende Elemente des internationalen Systems. Regionale Organisationen stärken die verantwortungsvolle Staatsführung weltweit, darunter die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und der Europarat. Aber auch regionale Organisationen wie ASEAN<sup>4</sup>, MERCOSUR<sup>5</sup> und die Afrikanische Union können und sollen wichtige Beiträge zu einer besseren Weltordnung leisten.

<sup>4</sup> ASEAN (von Association of Southeast Asian Nations) ist eine [internationale Organisation südostasiatischer Staaten](#) mit Sitz in [Jakarta \(Indonesien\)](#).

<sup>5</sup> MERCOSUR (portugiesisch: Mercosul, d.h. Mercado comum do Cone Sul) ist der Gemeinsamer Markt Südamerikas, ein Wirtschaftsverbund Argentiniens, Brasiliens, Paraguays und Uruguays sowie der beiden neuen Partnerländer Bolivien und Chile nach dem Vorbild der Europäischen Union.



Die Inhalte der Europäischen Sicherheitsstrategie wurden im Rahmen einer Überprüfung durch den Europäischen Rat im Dezember 2008 bekräftigt. Dabei wurde das Bedrohungsspektrum angepasst und schließt seitdem die Felder *Cyber-Sicherheit*, *Klimawandel* und *Pandemie* mit ein. Zugleich wurde das Spektrum der Ressourcen und Instrumente zur Umsetzung der Strategie erweitert. So werden seit 2008 beispielsweise Sanktionen, Diplomatie und Hilfsleistungen als Werkzeuge der Sicherheitspolitik aufgeführt. Weiterhin wurde die Bedeutung von Multilateralismus und Partnerschaften hervorgehoben.

Die Europäische Union ist heute mit ihren sicherheits- und verteidigungspolitischen Instrumenten ein weltweit engagierter Akteur im internationalen Krisenmanagement. Die Nachhaltigkeit dieser Instrumente wird angesichts einer zunehmenden Zahl von Krisen, der Begrenztheit nationaler Mittel und der wachsenden Erwartungen an die Europäische Union immer bedeutsamer. Ein Beispiel für Herausforderungen von heute ist EULEX<sup>6</sup> Kosovo – eine Polizei- und Rechtsstaatsmission, die im gesamten Kosovo die bislang durch UNMIK<sup>7</sup> in den Bereichen Polizei, Justiz und Zoll wahrgenommenen Aufgaben übernommen hat. Sie trägt damit wesentlich zur Stabilisierung des Landes und zum Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen bei. Dies ist die erste exekutive und mit nahezu 2.000 Mitarbeitern auch die bisher größte zivile Mission der Europäischen Union. Ein weiteres Beispiel: Im Jahr 2006 halfen EU-Soldaten, den friedlichen Verlauf der ersten demokratischen Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo abzusichern. Und nicht zuletzt: Vor dem Horn von Afrika führt die Europäische Union ihre erste maritime Operation (ATALANTA<sup>8</sup>) durch, die unter anderem der Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias dient. Die Europäische Union koordiniert diesen Einsatz sehr eng mit der NATO, den USA, Russland, aber auch Japan, mit den Ländern der Region und mit China. Gerade das letzte Beispiel unterstreicht: Die GSVP ist und bleibt offen für die Beteiligung von Drittstaaten, da die Ziele der GSVP oft nur gemeinsam mit Partnern, insbesondere auch aus der betroffenen Krisenregion, erreicht werden können.

Die Fähigkeiten der Europäischen Union sind komplementär zu denen der wichtigsten anderen Akteure im internationalen Krisenmanagement wie der NATO, den Vereinten Nationen oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Sie unterhält enge Arbeitsbeziehungen zu diesen Organisationen auf allen Ebenen, die kontinuierlich ausgebaut werden.

Die strategische Partnerschaft mit der NATO ist und bleibt eine unverzichtbare Voraussetzung für das Gelingen der *Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik*. Europäische Union und NATO stehen nicht in Konkurrenz, sondern ergänzen sich gegenseitig. Gemeinsam können sie ihre Sicherheit besser gewährleisten. Eine dynamische *Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik* stärkt mit dem europäischen Pfeiler der Allianz zugleich die NATO als Ganzes. Implizit wird auf diesem Weg das Gewicht Europas in der transatlantischen Allianz verstärkt, denn es werden vermehrt zivile Beiträge gebraucht, die nur die Europäische Union beisteuern kann. Ein Zusammenrücken von NATO und EU wird absehbar. Die multinationale und europäische Einbindung der Streitkräfte wird zunehmen.

<sup>6</sup> Unter dem [Akronym EULEX](#) werden Rechtsstaatlichkeitsmissionen der [Europäischen Union](#) im Rahmen der [Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik \(GSVP\)](#) bezeichnet.

<sup>7</sup> [UNMIK](#) ist die Mission der Vereinten Nationen zur Übergangsverwaltung des Kosovo, die vom Sicherheitsrat am 10. Juni 1999 (Resolution 1244) als UNO-Friedensmission für die Wiederherstellung und den Wiederaufbau des Kosovo eingerichtet wurde. Sie soll die Provinz auf Wahlen und schließlich auf ihre Autonomie vorbereiten.

<sup>8</sup> [ATALANTA](#) ist eine multinationale Mission der Europäischen Union zum Schutz von humanitären Hilfslieferungen nach Somalia, der freien Seefahrt und zur Bekämpfung der [Piraterie vor der Küste Somalias](#) am [Horn von Afrika](#) im [Golf von Aden](#) und bezeichnet gleichzeitig einen gemischten multinationalen Marineverband.



Die Europäische Union arbeitet zudem verstärkt mit regionalen Organisationen im Bereich des Krisenmanagements zusammen, um deren Befähigung zu stärken, ihrer Verantwortung in der jeweiligen Region besser gerecht zu werden. So unterstützt sie die Afrikanische Union beim Aufbau eigener afrikanischer Fähigkeiten zur Krisenbewältigung.

Vor dem Hintergrund aktueller sicherheitspolitischer Herausforderungen, die zusätzlich von den Auswirkungen der Finanzkrise überlagert werden, stehen die Staaten Europas wieder einmal an einer wichtigen Weichenstellung hinsichtlich ihrer sicherheits- und verteidigungspolitischen Handlungsfähigkeit und deren industrieller Grundlagen. Was kann und was will Europa künftig militärisch leisten? Wie müssen sich die europäischen NATO-Mitglieder organisieren, um nachhaltig einsatz- und leistungsfähig zu werden? Wie lässt sich der europäische NATO-Pfeiler solide ausgestalten? Gerade der Einsatz in Libyen hat eklatante militärische Schwächen der europäischen NATO-Mitglieder offen gelegt.

Damit kurzfristige nationale Sparanforderungen nicht – ohne Rückkopplung mit den Verbündeten – in Reduzierungen und Reformen sicherheitsrelevanter Fähigkeiten münden, ist eine proaktive Koordinierung der nationalen Reformen zu gestalten. Diese muss die konzeptionelle und die institutionelle Kohärenz zwischen der Fähigkeitsentwicklung und der industriellen Basis sicherstellen:

- Konzeptionell müssen die Staaten Europas mit Blick auf ihr absehbares Fähigkeitsportfolio priorisieren, welche selbstgesteckten Ziele wann erreicht werden sollen.
- Institutionell wird die Einrichtung einer dauerhaften, zivil-militärischen Struktur mit Planungs- und Führungsfähigkeiten zunehmend bedeutsam. Darüber hinaus bietet die Europäische Verteidigungsagentur eine bemerkenswerte und längst noch nicht annähernd ausgeschöpfte Kapazität, neue Lösungswege für europäische Beschaffungen zu realisieren und die finanziellen Ressourcen effizienter als bisher zu nutzen.
- Materiell bilden mit Blick auf die erforderliche Fähigkeitsentwicklung die Battlegroups eine Art Laboratorium für die Weiterentwicklung europäischer Fähigkeiten. Da die Europäische Union neben militärischer Expertise zugleich auch über die Steuerungsmöglichkeiten im zivilen Bereich von Industrie-, Technologie, Ordnungs- und Strukturpolitik verfügt, bietet sich hier die Chance für eine grundlegende Transformation des Sicherheits- und Verteidigungsbereiches.

## 5. Wissen ist Macht

Die Geschwindigkeit von Innovation und Entwicklung nimmt rapide zu. Technologische Entwicklungen verlaufen außerordentlich dynamisch und bewirken radikale Veränderungen. Die Revolution in der Informations- und Kommunikationstechnologie ist Bestandteil eines größeren, strukturellen Transformationsprozesses: hochleistungsfähige Netze und Netzverbindungen und die damit verbundenen Datenströme bilden die grundlegende Infrastruktur für ein funktionell verbundenes, weltweites Wirtschaftssystem. Sie ist zugleich ein wesentlicher Faktor der Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität von Ländern, Regionen und Unternehmen in der ganzen Welt, indem sie eine neue internationale Arbeitsteilung einleitet.

Derzeit laufende Transformationsprozesse in den Informationsgesellschaften sind darauf ausgerichtet, Kosten zu sparen und zugleich die Effizienz und die Effektivität der zur Verfügung stehenden sicherheitspolitischen



Instrumente mit Blick auf die veränderten sicherheitspolitischen Herausforderungen zu steigern. Die Instrumente werden im Rahmen eines gemeinsamen Informations-, Führungs- und Wirkungsverbandes zusammengefasst. In einem ressortübergreifenden Ansatz wird Zug um Zug innerhalb und zwischen den Ressorts eine Vernetzung hergestellt, die auch nichtstaatliche, private Akteure sowie internationale Partner einbezieht. Das Zusammenwirken aller relevanten Akteure soll nicht nur absehbare – wie auch überraschend eintretende – komplexe und dynamische Herausforderungen bewältigen, sondern zugleich im Rahmen von *System von Systemen*-Lösungen hochwirksam und effizient erfolgen.

Für die Zukunftsfähigkeit von Sicherheitskräften wird das frühzeitige Erkennen von Innovationspotenzial ausschlaggebend. Hierbei wird Wissen zum entscheidenden Rohstoff. Politische, militärische und zivile Entscheidungsträger brauchen Wissen möglichst frühzeitig als Grundlage überlegener Übersicht und als Voraussetzung für fokussiertes, wohlbegründetes Handeln. Sie müssen zeitgerecht und zugeschnitten auf ihre jeweilige Rolle über das Wissen verfügen, das sie zur Beurteilung und Bewältigung der jeweiligen Sicherheitslagen brauchen. Im französischen Weißbuch von 2008 ist deshalb mit Recht angeführt, dass Wissen Grundlage jeglicher Verteidigung ist. Wissen gestattet, auf sich rasch ändernde Krisen angemessen zu reagieren. Wissen gestattet Eigenständigkeit in der Entscheidungsfindung und ermöglicht strategische Initiative.

Wer Sicherheit und Prosperität erfolgreich, nachhaltig gestalten will, muss *Systeme* analysieren und verstehen lernen, deren Strukturen weder transparent noch durch einfache Erklärungsmodelle zu erschließen sind. Diesem Zweck dient *Knowledge Development*, ein systemischer Ansatz, der im vergangenen Jahrzehnt zunehmend ausgestaltet wurde und inzwischen bei den NATO-Partnern wie auch in der Europäischen Union zur Grundlage politischer und militärischer strategischer Planung geworden ist. Es integriert neben der Methodik des *Systemischen Denkens* auch bewährte Techniken und Erkenntnisse aus der System- und Komplexitätstheorie. *Knowledge Development* entwickelt ein umfassendes und dynamisches Bild von den Gegebenheiten einer Krisenregion. Zug um Zug entsteht ein ganzheitliches Verständnis von der im Zusammenspiel politischer, ökonomischer, religiös-ethnischer, sozialer und/oder anderer Aspekte geprägten Gesamtsituation.

Wissen muss zweckmäßig visualisiert werden. Entsprechend orientiert ein gemeinsames rollenorientiertes Einsatzlagebild Entscheidungsträger über eine digitalisierte Kollaborationsumgebung in Echtzeit bzw. echtzeitnah – je nach Erfordernis – über Lageentwicklungen und unterstützt diese mit Blick auf eine qualitativ hochwertige und hochreaktive Entscheidungsfindung. Das Lagebild vermittelt ebenengerecht den Auftrag und die Absicht der übergeordneten Führung, liefert – kontinuierlich fortgeschrieben – ein umfassendes und bewertetes Wissen über gegnerische, befreundete und neutrale Kräfte, die Zivilbevölkerung und eine Vielzahl weiterer zu berücksichtigender Faktoren. Mit dem Afghan Mission Network sowie dem NATO Common Operational Picture erreichen in diesen Tagen zwei entsprechende, leistungsfähige Technologien die multinationale Koalition in Afghanistan. Sie dienen zunächst dem NATO Einsatz in Afghanistan. Es ist klar, dass diese Fähigkeiten schon bald auch die nationalen und europäischen Fähigkeiten der eingebundenen Staaten prägen werden.

Die in diesem Rahmen gewonnenen Erkenntnisse stehen Bedarfsträgern zur Verfügung. In einer Wissensbasis abgelegte Strukturen und Handlungsmuster, Daten, Informationen und Wissen werden mit aktuellen Informationen derart verknüpft, dass sich die Systemzusammenhänge für einen Nutzer entscheidungs- und handlungsorientiert erschließen. Verknüpfungen mit klassischen Lagebeiträgen erweitern und verbessern das Lageverständnis. Dem gleichen Zweck dient die Verknüpfung mit Expertenwissen ziviler Wissenschaftler und Institutionen. Neben der militärischen Sichtweise werden auch Akteursperspektiven aus Wirtschaft, Politik und Soziales



eingebunden. Im Zuge dieser Entwicklung wird nicht nur der Zugang zu Wissen und der Austausch von Informationen immer universeller, es entsteht ein ganzheitliches, umfassendes Lageverständnis: für Einzelne, gesellschaftliche Gruppen, politisch und wirtschaftlich relevante Akteure, Staaten und Bündnisse. Gemeinsam wissen sie mehr als nur die Summe der Teile. Auf dieser Grundlage entsteht ein gemeinsames, umfassendes Lageverständnis, das Entscheidungsträgern gestattet, relevante, zeitgerechte und synchronisierte Leitlinien des Handelns zu entwickeln, Ziele für deren Umsetzung festzulegen und entsprechende Weisungen zu erteilen.

## 6. Wohlstand begründet Verantwortung

Bei der Vorstellung der Verteidigungspolitischen Richtlinien am 18. Mai 2011 verdichtete Verteidigungsminister de Maizière seine Überlegungen zur Neuausrichtung der Bundeswehr in der Formulierung: *Wohlstand begründet Verantwortung*. Als eine große und wohlhabende Exportnation sieht er für Deutschland eine besondere internationale Verantwortung, die sich nicht nur auf Diplomatie, Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Verflechtung begrenzen kann und darf, sondern – wenn erforderlich – bereit und fähig ist, gemeinsam mit Freunden und Partnern zu handeln. *Wohlstand begründet Verantwortung*. Wäre dies nicht auch eine vorzügliche Perspektive chinesisch-europäischer Zusammenarbeit?

Aus deutscher und europäischer Sicht wäre es zweifellos ein Gewinn, wenn China mit zunehmendem Wohlstand und aus einer vergleichbaren Bewertung ein globaler Verantwortungspartner für Deutschland und Europa sein könnte und wollte. Die Erwartungen Deutschlands, der Europäischen Union und darüber hinaus vieler Staaten in der ganzen Welt an China als internationaler Akteur sind hoch. Aus deutscher und europäischer Interessenlage wird erwartet, dass die Volksrepublik aufgrund ihrer globalen Rolle und Reichweite eine daraus resultierende internationale Verantwortung übernimmt – als ein verantwortlich gestaltender Akteur in einer multilateral geregelten Ordnungsstruktur. Der Weltbankpräsident Robert Zoellick hat dies *responsible stakeholder* genannt – China, ein *stakeholder* nicht nur in der Handels- und Finanzpolitik, sondern auch in der Sicherheitspolitik. Die chinesische Mitwirkung in Peacekeeping-Missionen der Vereinten Nationen, insbesondere die chinesische Unterstützung der internationalen Antipirateriemission vor der Küste Somalias hat uns Europäern vor Augen geführt, wie wirksam sich eine solche Zusammenarbeit gestalten ließe.

Dass wir in dieser Zusammenarbeit auf die Weisheit von Sun Tzu und Clausewitz zurückgreifen können, ist sicherlich eine vortreffliche Grundlage. Sun Tzu und Clausewitz eint das Verständnis, dass eine Strategie, soll sie Aussicht auf Erfolg haben, sich immer über das zu erreichende Ziel, die zur Verfügung stehenden Mittel, die Vielfalt der historischen, politischen und sozialen Bedingungen sowie über die Ziele und Zwecke eines Gegners im Klaren sein muss.

Sun Tsu's methodisches Denken zielt insbesondere auf die Zeit vor der Auseinandersetzung. Mit betonter Objektivität analysiert er die strategische Situation. Seine Kriegskunst gründet auf Wissen. Auseinandersetzungen können dann kostengünstig gewonnen werden, wenn der Gegner im Unklaren gelassen wird und die eigenen Handlungsmuster nicht lesen kann. Der eigene Wissensvorsprung macht es möglich, den Gegner zu überraschen, die Initiative zu behalten und so dem Gegner die Ungewissheit des Krieges aufzuzwingen. Folgerichtig schließt er: „Die größte Leistung besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne einen Kampf zu brechen.“<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> Sun Tzu, S.35.



Für Clausewitz ist Strategie das Aufeinanderprallen von antagonistischen, intelligenten und zielgerichteten Kräften, von Wille und Gegenwille.<sup>10</sup> Allerdings sieht er den Krieg nicht nur als einen Akt der Gewalt, um einen Opponenten zur Erfüllung des eigenen Willens zu zwingen. Für ihn ist der Krieg weit mehr noch ein Bestandteil von Politik. Derart beugt er proaktiv einer Unterschätzung des Politischen vor.

In der *Vernetzten Sicherheit* hat die Weisheit beider – von Sun Tzu und von Carl von Clausewitz – ihren Platz. Es gibt einen vorzüglichen Taoistischen Text<sup>11</sup>, der dies zum Ausdruck bringt:

*„Kein Prinzip der Welt ist immer wahr.  
Kein Prinzip ist immer falsch.  
Die Bereitschaft, Chancen zur rechten Zeit zu nutzen,  
auf unvorhergesehene Ereignisse unvoreingenommen zu reagieren,  
das ist die Domäne von Weisheit.“*

Vor uns liegt eine große Chance.

\*\*\*

**Anmerkung:** Der Beitrag gibt die persönliche Ansicht des Autors wieder.

Vortrag Ralph D. Thiele am 27. September 2011 auf der Konferenz „Internationale Sicherheitsarchitektur – Europäische und Chinesische Perspektiven“ der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in Peking.

## Über den Autor dieses Beitrags

---

Oberst i.G. Ralph D. Thiele ist Vorsitzender der Politisch-Militärischen Gesellschaft e.V. (pmg), Bonn.



Ralph D. Thiele

---

<sup>10</sup> Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, hrsg. von Werner Hahlweg, 19. Aufl. Bonn: Dümmler 1980, S.303.

<sup>11</sup> Thomas Cleary, eine taoistische Geschichte zitierend; Cleary, Thomas, Preface. In: *The art of war. Spirituality for Conflict*. Woodstock. 2008, p. XVI. Edited by Thomas Huyn.